

Luzerner Tagblatt

- Massenverhaftung von Franco-Gegnern** 2
- Wieder FLJ-Terror im Jura?** 3
- Kalifornien: Millionenschäden** 6
- Pressekonferenz Nixons** LM

Neue Runde in Nahost-Gesprächen

«New York Times» über die Wiederaufnahme der Vermittlungsbemühungen durch Gunnar Jarring

New York, 27. Jan. (UPI) Die «New York Times» erklärte in einem Leitartikel über die Rückkehr Jarrings zu seiner Nahostmission, diese Rückkehr «sollte eine neue Phase einleiten» in den Bemühungen für Frieden im Nahen Osten. Die Zeitung fuhr fort:

«Der gesamte Prozeß der Befriedung würde beträchtlich beschleunigt, wenn Kairo dem Beginn von zweiseitigen Gesprächen israelisch-ägyptischer Fragen zustimmen würde. Israel hat an sich keine territoriale Forderungen an Ägypten. Seine Ansprüche auf die Scharm-el-Scheich-Höhen, welche die Meerenge von Tiran beherrschen, sind eng mit den Forderungen nach freier Schifffahrt verbunden und könnten in anderer Weise befriedigt werden.

Nicht nur sind die israelisch-ägyptischen Probleme weniger schwer zu lösen als jene zwischen Israel und Jordanien, auch Moskaus Hauptinteresse ist auf eine Beilegung der israelisch-ägyptischen Probleme gerichtet, die den Suezkanal wieder öffnen und die Gefahr einer sowjetisch-amerikanischen Konfrontation verringern würde.»

«Die Ambitionen Nassers auf die führende Rolle in der arabischen Welt

werden es ihm jedoch nicht erlauben, einen Separatfrieden mit Israel zu schließen. Endlich sollte das gesamte Nahost-Problem als ein Paket behandelt werden, einschließlich der schwierigen Frage von Jerusalem und der Flüchtlingsprobleme, die beide sowohl vom sowjetischen «Aktionsplan» wie auch von der amerikanischen Antwort darauf buchstäblich ignoriert wurden. Es gibt aber keinen Grund dafür, daß der israelisch-ägyptische Teil dieses Pakets nicht zuvor einer Lösung beachtlich näher gebracht werden sollte.»

«Das ist die stillschweigende Forderung hinter den verschiedenen Lösungsversuchen Moskaus und Washingtons, in denen sich ein großes Maß von Übereinstimmung zeigt. Was jetzt gebraucht wird, ist ein Schritt in Richtung auf eine sowjetisch-amerikanische Einigung auf einen Kompromißplan, der den betroffenen Parteien vorgelegt werden kann. Botschafter Jarring sollte das zu seiner Hauptaufgabe in der Runde neuer Konsultationen machen, die bald beginnen soll.»

US-Staatsdepartement gegen Israels Besetzung von Scharm el Scheich

(AFP) Die Kairoer Tageszeitung «Al Ahram» meldete, das amerikanische Staatsdepartement habe die ägyptische Regierung wissen lassen, daß es die weitere Besetzung der Gegend von Scharm el Scheich durch Israel nicht gutheißt. Nach Ansicht des Staatsdepartementes müßten beide Parteien der freien Schifffahrt durch die Meerenge von Akaba zustimmen. Die Uebererinnung sollte durch die Vermittlung von Jarring erlangt werden. Das Staatsdepartement soll erklärt haben, eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteien dürfe keinesfalls durch die gewaltmäßige Besetzung der Gebiete beeinflusst werden.

Roberts zu den Schiffen im Suezkanal

(R) Der britische Staatsminister Gordonw Roberts besuchte die vier britischen Schiffe, die seit dem Junikrieg im Suezkanal in den Bitterseen festliegen. Er erklärte darauf an einer Pressekonferenz, Großbritannien werde jede Anstrengung unternehmen, um die 15 festliegenden Schiffe aus acht Nationen freizubekommen. Bis dahin seien jedoch noch große Schwierigkeiten zu überwinden.

Arabische Frauen im Sitzstreik

(R) 15 Araberinnen ließen sich am Sonntag in der Grabeskirche in Jerusalem zu einem Sitzstreik nieder. Sie forderten damit den Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem arabischen Territorium. Die Araberinnen — Mohammedanerinnen und Christinnen — beabsichtigen, den Sitzstreik bis zur Beendigung der Besetzung durchzuführen. Die Polizei verhaftete zunächst vier der Streikenden, ließ dann aber zwei wieder frei. Falls die Frauen keine Unruhen verursachen, will die Polizei nicht eingreifen.

Kanadas Nato-Mitgliedschaft

Vancouver, 27. Jan. ag. (AFP) Der kanadische PTT-Minister Erik Kierans sprach sich für den Rückzug Kanadas aus der Nato aus. Er vertritt die Ansicht, daß die Existenz dieser Organisation nicht mehr gerechtfertigt sei, da keine militärische Bedrohung mehr auf Europa laste. Die Existenz der Atlantischen Allianz rechtfertige sich einzig durch die Existenz des Warschauer Paktes und umgekehrt.

Der Minister, der an einem Essen der Liberalen Partei in Nanaimo in Britisch-Kolumbien sprach, erklärte weiter, die wirkliche Gefahr bestehe heute nicht mehr in der Gegenüberstellung der kommunistischen Idee, die im Absinken begriffen sei, und dem Kapitalismus, sondern vielmehr in der wachsenden Spannung, die in einer Welt herrsche, die sich mehr und mehr in eine besitzende und eine besitzlose Klasse teile. Der Ausgang des Kampfes werde nicht von Panzern und Flugzeugen entschieden, sondern von den Schulen und der Kenntnis, die sie vermitteln.

Gegenpol zum SDS

Frankfurt, 26. Jan. ag. (DPA) Acht nationale westdeutsche Jugendverbände, die nach ihren Angaben einen Mitgliederbestand von insgesamt 2000 Jugendlichen haben, wollen einen «Gegenpol» zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) bilden. Wie Sprecher der Verbände erklärten, wollen sich die Gruppen stärker als bisher mit sozialen Problemen beschäftigen. Sie wollen in verschiedenen westdeutschen Städten zum erstenmal gemeinsam am 1. Mai Kundgebungen veranstalten, um ihre Ansichten über die Ursachen der Unruhen der Jugend vorzutragen.



«Bambi»-Verleihung in München

Im Januar werden jeweils in der Bundesrepublik die beliebtesten Filmschauspieler des vorangegangenen Jahres mit einem Preis, dem sogenannten «Bambi», ausgezeichnet. Bei der Verleihung war in den letzten Jahren regelmäßig auch die Schweiz dabei, war doch «unsere» Lilo Pulver auf den Preis für die populärste Schauspielerin geradezu abonniert. Diesmal allerdings rangierte sie in der Gunst des Publikums knapp hinter ihrer Kollegin Uschi Glas. Unser Bild zeigt von links nach rechts: Heinz Rühmann, Uschi Glas, Omar Sharif und Lorne Greene, bekannt als «Bonanza»-Chef. Photopress

Bretagne oder Breizh, das ist die Frage

Die Zahl der seit dem 30. Dezember inhaftierten Bretonen beträgt jetzt 43, und angeblich beabsichtigt die Sicherheitspolizei ihre Fangnetze noch mehrmals auszuwerfen, bevor de Gaulle anfangs Februar die westliche Provinz besuchen wird. Der nationalistische und separatistische Gärungsprozeß ist seit Frühjahr 1968 keine reine Folklore mehr. Zu Dutzenden mehrten sich seit dem März die Sprengstoffanschläge gegen Polizeikasernen, Steuerämter, Departementspräfecturen, und parallel zu dieser Entwicklung stieg auch das politische Spannungsthermometer. Der «Front de la libération breton» (FLB), der die Wiederherstellung der Breizh (kymrisch-keltische Originalbezeichnung für Bretagne) als autonomes Nationalgebilde fordert, ist eine Realität geworden, die zwar das politische Geschehen Frankreichs keineswegs dominiert, aber doch einen stets länger werdenden Schatten auf die Innenpolitik wirft.

Reminiszenzen und Atavismen spielen hier mit, sie aber als determinierende politische Kampfmotive in eine martialische Aktion der 3,2 Millionen Bretonen gegen Frankreich bemühen zu wollen, entspricht einer intellektuellen Gewaltanwendung: 1532 wurde die Tochter der Anna de Bretagne, Claudia, angeblich gegen ihren ausdrücklichen Willen mit Franz I. verheiratet, und damit wurde die Breizh der französischen Krone einverleibt. Ernste Schwierigkeiten mit der entlegenen westlichen Provinz hatte am Ende des 18. Jahrhunderts die Erste Republik, als die Bretonen unter der Führung des Holzschuhmachers Chouan und mit Hilfe der europäischen Monarchen gegen die Republik zum Kampf auszogen und sich ihnen ganze Teile der Normandie angeschlossen.

Wohl alle Nationalstaaten haben sich irgendwann in ihrer Vergangenheit einmal aus Gewaltanwendung heraus ergeben, und wollte man nach heutigen Maßstäben mit dieser Vergangenheit abrechnen und Nationalgrenzen ziehen, wo eine Landesintegration nur dank der Gewalt entstehen konnte, wäre die Europakarte wohl ein feinmaschiges graues Netz von Grenzkonturen. Das

französische Baskenland, Französisch-Flandern, Savoyen, Okzitanien (Provence) — um nur einige Beispiele zu nennen — könnten wohl mit dem gleichen historischen «Recht» Anspruch auf ihre Nationalstaatlichkeit erheben wie die Bretagne.

Doch in solchen Auseinandersetzungen geht es in der Regel meist nicht primär um die historische begründbaren Rechtsansprüche, die stets nur als Gehilfen eines politischen Willens dienen. Ob dieser Wille in der heutigen Bretagne wirklich stark genug vertreten ist, mag bezweifelt werden. Sicher ist jedoch, daß die separatistischen und autonomen Bewegungen in der Bevölkerung und namentlich auch in dem hier sehr starken Klerus über große Sympathie verfügen.

Ausgelöst wurde der neuzeitliche Freiheitskampf in der Bretagne im Jahr 1932 durch das Sprengstoffattentat auf das Erinnerungsdenkmal der bretonisch-französischen Vereinigung in Rennes. Dieser Anschlag fiel zeitlich zusammen mit der Vierhundertjahrfeier dieser Vereinigung und hat infolgedessen eine starke Emotionalwirkung ausgelöst. Während des Zweiten Weltkrieges entstand unter der Führung eines gewissen Yann Goulet eine bretonische Nationalpartei, die mit den deutschen Besatzungsbehörden kollaborierte. Nach Kriegsende verurteilte ein Säuberungsgericht Goulet im Abwesenheitsverfahren zum Tode... denn er hatte sich bereits nach Irland geflüchtet, wo er im Südtönen Bray ein bretonisches Befreiungskomitee gebildet hat, das jetzt als leitendes Organ des FLB auftritt.

Goulet und sein Befreiungskomitee sind aber nicht die einzigen, die in der separatistischen Küche kochen. Kürzlich hat die Polizei eine bretonische Nationalcharta in 19 Punkten aufgedeckt, für die eine «bretonische Exilregierung» verantwortlich zeichnet. Dazu kommen noch autonomistische Bewegungen, die nicht die Loslösung von Frankreich verlangen, sondern wirtschaftliche und sprachliche Autonomie — die bretonische Sprache bildet ein sehr wichtiges Anliegen — im Rahmen des französischen Staates. Schließlich ist auch der

Zusammenschluß der bretonischen Parlamentarier zu nennen, der den politischen Druck der autonomistischen und separatistischen Bewegung nutzt, um möglichst konkrete Zugeständnisse vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet zu erhalten.

Das ist in groben Zügen die heutige Situation. Im Hintergrund des politischen Reliefs steht jedoch der wirtschaftliche Rückstand der Provinz, die nur wenige Industriewerke auf ihrem Boden zählt, vorab der Milchwirtschaft obliegt und seit der Abschaffung des Fasttagsgebots durch die katholische Kirche, sowie infolge der mächtigen dänischen, norwegischen und isländischen Konkurrenz auch im Fischereigewerbe ins Hintertreffen geraten ist. Dazu kommen die große Entfernung von Paris und die Unterentwicklung der touristischen Einrichtungen.

Kurz, aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit einerseits und der systematischen Verdrängung der kulturellen und sprachlichen Eigenständigkeit durch das zentralistische Schulsystem ist ein politisches Problem geworden. Der Umstand, daß sich unter den 43 Inhaftierten vier katholische Geistliche befinden, läßt zwar auf die strafrechtliche Schuldlosigkeit noch keine Schlussfolgerungen zu, aber die Vermutung liegt nahe, daß hier zumindest Erinnerungen an die alte klerikale Chouannerie mitschwingen. Bezeichnend ist auch, daß ein großer Teil des von der Polizei gefundenen Materials an politischen Werbedrucksaften und Attentatszubehör wie Sprengstoff und Waffen aus Quebec stammen, und daß offensichtlich Querverbindungen bestehen zwischen den kanadischen Provinzseparatisten und den Bretonen.

Das hatte de Gaulle von seiner Quebec-Politik wohl kaum erwartet! Vielleicht darf sogar die Frage gewagt werden, ob die aus Gesundheitsgründen erfolgte Absage des Besuchs, die der Premierminister von Quebec dem französischen Staatspräsidenten im Januar abstatten sollte, nicht «bretonische» Hintergründe hat...

Paul Keller (Paris)

14 «Spione» im Irak hingerichtet

Neun Juden unter den Verurteilten - Massendemonstrationen in Bagdad und Basra - Weitere «Verratsprozesse» gegen zahlreiche Angeklagte stehen bevor - Heftige Reaktion in Israel

Der Irak hat am Montag in Bagdad und Basra insgesamt 14 Menschen durch den Strang hängen lassen, die von einem Revolutionsgericht der Spionage für Israel und des versuchten Sturzes der Regierung für schuldig befunden worden waren. Unter den Hingerichteten sollen neun Juden gewesen sein.

(UPI) Wie Radio Bagdad in einer in Beirut abgehörten Meldung mitteilte, strömte in der Hauptstadt des Landes nach Bekanntwerden der Hinrichtungen rund eine halbe Million Menschen auf die Straßen. Sie fanden sich zu einer Massenkundgebung im Befreiungsplatz- Stadion in Bagdad ein. Dort waren elf der 14 Todeskandidaten hingerichtet worden. Die übrigen drei sind in Basra dem Henker übergeben worden.

In der irakischen Hafenstadt Basra sollen angeblich auch die Pläne ausgeheckt worden sein, nach denen die Verurteilten den Sturz der Regierung von Staatspräsident El-Bakr betrieben haben. Die Regierung sollte durch eine andere ersetzt werden, die über einen Frie-

den mit Israel verhandeln würde, hieß es in einer Meldung von Radio Bagdad.

Ein aus drei Mitgliedern bestehendes Revolutionsgericht, vor dem sich die 21 Angeklagten seit dem 28. Dezember 1968 zu verantworten hatten, hat 16 Menschen zum Tode durch den Strang verurteilt. Einer der zum Tod Verurteilten wurde inzwischen zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt, weil er sich der Anklage als Hauptzeuge zur Verfügung gestellt hatte. Ein weiterer Angeklagter wartet noch auf die Hinrichtung.

«Die bewaffnete Revolution ist zerfallen, Spione und Verräter zu erschlagen», hieß es in einer Verlautbarung der Baath-Partei, der einzigen Regierungspartei des Landes. «Wir schwö-

ren, daß es im Irak für Verräter und Konterrevolutionäre keinen Platz mehr geben wird.» Radio Bagdad erklärte in einer Nachrichtensendung «die Hinrichtungen haben die Vorstellung beseitigt, der Irak sei nicht in der Lage, die Spione und Verräter zu beseitigen.»

Als Chef des angeblichen Spionagenetzes wurde der Kaufmann Izrah Zilkha in Basra, ein irakischer Israeli, angegeben. Er gehörte zu den 14 Hingerichteten. Auch der ehemalige Ministerpräsident Abdel Rahman Bassas und der frühere Verteidigungsminister Abdel Asis Okilly sollen im Prozeß als Mitglieder der «politischen Hilfsorganisation» genannt worden sein, die sich dem Sturz El-Bakrs zur Aufgabe gemacht habe. Bilde Exminister stehen unter Arrest und sollen mit weiteren Personen wegen ähnlicher Beschuldigungen vor Gericht gestellt werden, wie sie